



Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

19. Sitzung (öffentlich)

16. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:08 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])** **7**

- 2 Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen stellt sich vor** **13**
– Gespräch mit dem Vorstand (Präsentation s. Anlage 2)

- 3 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung des wasserrechtlichen Verfahrens zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes zum nachhaltigen Schutz der Grundwasserressource für das Gewinnungsgebiet des Wasserwerkes Dahlinghausen** **23**

Vorlage 18/1362

Drucksache 18/4864

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung – Vorlage 18/1362 – zur Kenntnis.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

4 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update 24

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4445

In Verbindung mit:

Wolfsland NRW: Weidetierhalter brauchen noch immer finanzielle Unterstützung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4580

– Wortbeiträge

5 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globale Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen 25

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, am 18.09.2023 um 13:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

6 Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW 26

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4581

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, am 22.11.2023 von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

7 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen **27**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5445

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

In Verbindung mit:

Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

– abschließende Beratung und Abstimmungen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/5445 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 18/3287 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

8 Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler unterlassen **33**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4568

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich an der für den 08.09.2023 geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

9 Bericht der Landesregierung zum zweiten Jahrestag der Flutkatastrophe (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1376
Vorlage 18/1384

– Wortbeiträge

10 Folgen des Hochwassers an der Emscher vom 22./23.06.2021 **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1367 – Neudruck
Vorlage 18/1468

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

11 Biologische Stationen NRW: Wann kommt die finanzielle Förderung endlich an? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1447

– Wortbeiträge

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

- 12 Einführung einer Rohstoffabgabe** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **43**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1448
– Wortbeiträge
- 13 Förderprogramm für Tierheime: Warum werden die Mittel so schlecht abgerufen?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **44**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1471
– Wortbeiträge
- 14 Wann ist die geplante Reform der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung abgeschlossen?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **49**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1483
– Wortbeiträge
- 15 Schließung des Düsseldorfer Großmarktes – wie will Landesregierung die weitere Vermarktung von Regionalprodukten sichern?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **51**
Bericht
Landesregierung
Vorlage 18/1449
– Wortbeiträge
- 16 Verschiedenes** **55**

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

7 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5445

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

In Verbindung mit:

Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

– abschließende Beratung und Abstimmungen

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/2550 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und den Ausschuss für Schule und Bildung am 26.01.2023)

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/3287 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 8.03.2023)

Bianca Winkelmann (CDU) hält fest, unter TOP 7 würden drei Anträge beraten. Sie komme zunächst auf den Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2550 zu sprechen. Die Fraktionen hätten sich in der ganzen Breite mit dem Thema der Ernährungspolitik und damit befasst, wie es mit einer regionalen, saisonalen und nachhaltigen Ernährung weitergehe. Es gehe um ein neues Kantinenprogramm für Nordrhein-Westfalen. Es gehe auch um die Koordination, beispielsweise für die Vernetzungsstelle im Bereich der Kita- und Schulverpflegung.

Der Antrag sei sehr breit gestreut, umfasse viele Themen und Bereiche, die in dem Zusammenhang wichtig seien. Der Antrag sollte als Aufschlag gedacht sein. Die An-

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

hörung habe gezeigt, dass man sich auf den richtigen Weg gemacht habe, um dieses wichtige und umfangreiche Themenfeld anzupacken.

Nun liege ein Entschließungsantrag der SPD dazu vor. Da heiße es in der Überschrift „Schwarz-Grüne Ernährungsstrategie: nicht mehr als ein Plan für Besserverdiener“. Sie halte es für sehr vermessen, den Antrag so zu bezeichnen und abzucanceln. Das sei schon eine Unverschämtheit. Förderprogramme wie beispielsweise das Bildungs- und Teilhabepaket oder auch die Förderung, die die Regierung den Tafeln in Nordrhein-Westfalen zukommen lasse, würden völlig außen vorgelassen, überhaupt nicht betrachtet.

Es gehe um ein weites, umfangreiches Themenfeld. Der Entschließungsantrag enthalte keine neuen Erkenntnisse. Es sei unverschämt, die Vorschläge so abzucanceln.

Der Antrag von SPD und FDP beschäftige sich mit dem Thema „Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen“. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei in den Themenfeldern bereits unterwegs gewesen. Sie bitte um Zustimmung zu dem Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Alles andere sei damit abgefrühstückt.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) betont, der Antrag, den die regierungstragenden Fraktionen vorgelegt hätten, sei, wie die Kollegin bereits gesagt habe, sehr umfassend. Das habe die Anhörung auch gezeigt. Alle Sachverständigen hätten den Antrag begrüßt und als gut befunden. In einzelnen Punkten sei er noch ergänzungswürdig.

Positiv sei, dass der Aufschlag sehr umfassend sei. Der Antrag habe beginnend bei der Landwirtschaft über Außer-Haus-Verpflegung, über Ernährungsbildung bis hin zur Lebensmittelverschwendung alle Punkte aufgenommen. Sicherlich gebe es einzelne Bereiche, in denen man nachschärfen könne, wo die Strategie im Detail erst erarbeitet werden müsse. Es sei ja erst der Auftrag zur Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie, sodass einzelne Bereiche noch ausgebaut, ergänzt werden müssten.

Der Punkt, der auch in dem Entschließungsantrag der SPD hochgehängt werde, die Frage der Ernährungsarmut, müsse intensiver berücksichtigt werden. Das sei richtig. Aber das könne nicht der zentrale Punkt sein. Es sei ein wichtiger Punkt, der bearbeitet werden müsse. Genauso wichtig sei eine gesunde Ernährung, sei eine nachhaltige Produktion der Lebensmittel, ein wichtiger Punkt, der in dem Antrag zu kurz komme. Das hätten die Sachverständigen angemerkt. Das werde sicherlich bei der Erstellung der gesamten Ernährungsstrategie eine Rolle spielen.

Ein weiterer Punkt, bei dem man nachschärfen müsse, wo die gesamte Landesregierung, alle Fraktionen und alle politisch Tätigen im Land aktiv werden müssten, sei die Frage, wie man es schaffe, dass in den Kantinen frisch gekocht werden könne. Das gehe mit der Frage einher, woher das Personal komme. Es sei angemerkt worden, Kochen setze Personal voraus. Man müsse die Attraktivität dieser Berufe steigern. Das komme in der Strategie so nicht vor. Man beschäftige sich häufiger mit der Frage des Fachkräftemangels. Da sei es notwendig, sich Gedanken zu machen, wie das gesteigert werden könne.

Auch sei zu überlegen – Stichwort Verpflegung der Seniorinnen und Senioren –, was man bei der Außer-Haus-Verpflegung in diesem Bereich oder auch in den Einrichtungen verbessern könne. Es gebe sicherlich viele Punkte, bei denen man nachbessern könne. Insgesamt sei die Anhörung positiv gewesen. Wichtige Aspekte seien hervorgehoben worden, die noch berücksichtigt werden sollten. Das MLV werde sicherlich sein Bestes geben, um all diese Punkte aufzuarbeiten und eine umfassende Ernährungsstrategie vorzulegen, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts genüge.

Kurz zu dem Entschließungsantrag der SPD: Er enthalte viele wichtige Punkte, die Ernährungsarmut habe er gerade schon genannt. Was bei der SPD nicht mehr statfinde, scheine die Landwirtschaft zu sein. In dem Entschließungsantrag werde kein Wort über regionale Strukturen, über landwirtschaftliche Produktion verloren. Im Grunde würden Ernährungsräte, Regionalbewegung, die Landwirtschaft einfach übersehen. Es sei schon ein Problem, wenn man über gesunde Ernährung, über Lebensmittel rede, wenn Strukturen, bei denen Menschen im Ehrenamt aktiv seien, überhaupt nicht erwähnt würden. Dann werde der Entschließungsantrag mit einer Überschrift versehen, die nicht nur falsch sei – es gebe diese Ernährungsstrategie noch gar nicht, sie solle erarbeitet werden –; da komme die SPD doch sehr polemisch daher.

Zum Werbeverbot für Zucker: ja. Die Bundesregierung arbeite daran. Man habe mitbekommen, wie der Aufschrei gewesen sei, als der Bundeslandwirtschaftsminister einen entsprechenden Vorschlag gemacht habe. Daran werde weitergearbeitet. Es sei ein Bundesthema und habe hier eigentlich keine Relevanz. Es liege auf Bundesebene in guten Händen. Bei Cem Özdemir könne man sicher sein, dass auch etwas Gutes dabei herauskomme.

Dietmar Brockes (FDP) führt aus, insgesamt lägen drei Anträge vor. Der Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gehe auf das Thema „ganzheitliche Ernährungsstrategie“ in ganzer Breite ein, wie Frau Winkelmann es gesagt habe. Er wäre noch ausbaufähig, wie Herr Kaiser gerade gesagt habe. Das mache deutlich, dass dieser Antrag die Themen leider nur anreißt und nicht tiefergehend thematisiere, wobei er sehr vage bleibe und reichlich Interpretationsspielräume gebe. Das sei in den Ausführungen gerade deutlich geworden.

Nichtsdestotrotz werde sich die FDP-Fraktion bei dem Antrag enthalten, obwohl ihr die Tiefe und die Schärfe bei dem Antrag fehlten. Der Antrag zum Thema „Lebensmittelverschwendung“ seitens der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion unterscheide sich davon sehr deutlich, weil in diesem Antrag konkret eines der Themen angesprochen werde. Es sei schon traurig, dass sich die Koalitionsfraktionen anscheinend nicht tiefer damit beschäftigt hätten.

Nun gebe es ca. 11 Millionen t Lebensmittelabfälle pro Jahr. Davon entfielen 2 % auf die Landwirtschaft, 15 % auf die Lebensmittelverarbeitung, 17 % auf die Außer-Haus-Verpflegung und 7 % auf den Lebensmitteleinzelhandel. Ein Großteil, nämlich 59 % der Lebensmittel, würden von den Verbraucherinnen und Verbrauchern weggeworfen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Lebensmittelverschwendung sei aus seiner Sicht nicht nur eine Frage der Ressourcenverschwendung, sondern dadurch würden finanzielle und ökologische Kosten entstehen. Mit diesem Antrag wolle man dem entgegenwirken. Gezielte Verbraucheraufklärung sei wichtig, insbesondere was das Mindesthaltbarkeitsdatum angehe. Genauso sei die Verbraucheraufklärung sehr wichtig, um Lebensmittelverschwendung zu reduzieren.

Dann gebe es einige rechtliche Hürden, die die Lebensmittelrettung erschweren würden. Diese Punkte wolle man mit einzelnen Maßnahmen aufgreifen. Da sei es sehr bedauerlich, dass Frau Winkelmann keine einzelne Maßnahme anspreche, sondern alles oberflächlich ablehne. Man könnte mit diesem Antrag sehr viel Positives erzeugen. Das sei das Anliegen dieses Antrags. Deshalb werbe er noch einmal um Zustimmung. Wie gesagt, bei dem Antrag der Koalitionsfraktionen werde sich seine Fraktion enthalten. Dem Entschließungsantrag der SPD werde er nicht zustimmen.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) betont, Herr Bockes habe viel zum Antrag der schwarz-grünen Koalition referiert. Frau Winkelmann habe den Antrag sehr gelobt, man hätte die Strategie sehr breit angelegt, die jetzt erarbeitet werden müsse. Ja, es werde versucht, die Resultate der Enquetekommission umzusetzen. Da seien aber nur Teilbereiche angeschnitten worden. Eine ganze Menge Punkte nebenher sei nicht aufgegriffen worden.

Nun seien wichtige Aussagen aus der Anhörung in der Strategie nicht berücksichtigt worden, auch nicht in der Weiterführung der Strategie, auch wenn man Vertrauen in das Landwirtschaftsministerium habe. Da würde sie gerne mehr Input geben. Sie sei Frau Winkelmann für die „völlig unpolemische“ Stellungnahme, wie unverschämt man doch sei, dankbar. Das betreffe insbesondere das Wort „unverschämt“. Sie schäme sich überhaupt nicht, die Ernährungsarmut, die man in den Wahlkreisen jeden Tag erlebe, in Kitas, in Schulen, in Sozialverbänden, in Seniorenheimen zur Sprache zu bringen. Das sei ein riesengroßes Problem.

Sie nenne ein Beispiel aus ihrem Wahlkreis. Sie spreche von einer Gesamtschule, da gehe ein Drittel der Kinder ohne Frühstück und ohne Mittagessen hin. Ein leerer Bauch studiere nun mal nicht gerne, ein voller Bauch natürlich auch nicht. Wenn sie hungrig sei, werde sie leicht aggressiv, könne dann nicht mehr lernen. Das Problem der Ernährungsarmut habe viel damit zu tun, dass möglicherweise Bildungshintergründe nicht richtig stimmen würden. Da müsse man ansetzen. Vorschlag ihrer Fraktionen sei, die nachwachsende Generation in den Fokus zu stellen und eine unmittelbare Hilfestellung zu geben, indem man den jungen Menschen unentgeltlich Mittagessen garantiere.

CDU und Grüne sagten, der Biomarkt müsse aufgewertet werden, die Absatzmöglichkeiten müssten verbreitert werden. Das sei super für das Klientel hier, für die Landtagskantine, für alle möglichen, die im Beruf stünden. Sie könnten sich das leisten. Aber wenn eine Familie vom Bürgergeld abhängig sei und zwei Kinder in der Schule habe, dann könnten sie sich das in erster Linie so nicht leisten. Da müsse man Maßnahmen ergreifen und auch bei der Bildung ansetzen. Sie plädiere dafür, lebenspraktische Fächer in der Schule mit ins Curriculum aufzunehmen. Die Bildung sei in dem Antrag der Koalitionsfraktionen drin, keine Frage. Aber es sei ein „nice-to-have“. Ihre Fraktion wolle es als „must-have“ in den Lernplanung integrieren. Das sei eine zentrale Forderung.

Herr Kaiser sage, die SPD kümmere sich nicht um die Landwirtschaft, sie kümmere sich nicht darum, wo die Produkte herkämen. Die Primärproduzenten seien natürlich sehr wichtig, auch wenn sie nicht explizit hier aufgeführt würden.

Im letzten Spielstrich heiße es, dass die Ernährungstrategie die vier Ziel-Dimensionen „Gesundheit“, „Tierwohl“, „Soziales“ und „Umwelt“ gleichwertig berücksichtige. Alle wüssten, dass die Landwirte am Ende der Nahrungskette seien, weil die vier Lebensmittelriesen die Preise diktieren würden und die Landwirte deshalb unter sehr großem Kostendruck stünden. Die ärmeren Familien stünden auch unter Kostendruck, weil sie sich das, was bei Aldi, Lidl und REWE in den Regalen liege, nicht mehr in dem Maße leisten könnten, wie es vorher der Fall gewesen sei. Man müsse bei denen ansetzen, die es bräuchten, die es nötig hätten, statt eine Klientel zu fördern, die sich das sowieso leisten könne.

Sie sei gerne bereit, alles auf Öko, regionale Wertschöpfungsketten, saisonales Angebot abzustellen. Da sei ihre Fraktion mit dabei. Aber man sollte bei den Kindern anfangen und denen eine unmittelbare Hilfestellung geben. Das sei die Zielrichtung des Entschließungsantrags.

Sicher sei, dass die Koalitionsfraktionen dagegen stimmen würden. Das sei aber ein zentraler Punkt, der in der Ernährungsstrategie von CDU und FDP leider fehle. Möglicherweise liege es daran, dass der Wahrnehmungshorizont von CDU und Grünen ganz anders sei als der im Ruhrgebiet. Vielleicht habe man mit der Armut nicht so unmittelbar zu tun. Dann sollte man sich erklären lassen, wie die Lage tatsächlich sei und wie man helfen könne. Sie würde sich freuen, wenn die Koalitionsfraktionen ihre Meinung ändern würden. Zum Thema Lebensmittelverschwendung werde Frau Blask noch ergänzen.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Ich bleibe bei Unverschämtheit!)

Zacharias Schalley (AfD) meint, angesichts der Polemik könne man denken: Du bist nicht du, wenn du hungrig bist. Das passe auch zu dem Antrag.

Es gehe viel in die Breite, es fehle aber die Tiefe. Die Anträge würden vor Allgemeinplätzen strotzen. Wer könne schon gegen eine gesunde, regionale, nachhaltige, am besten noch bezahlbare Ernährung sein? Der Kern der Forderungen sei aber, der Transformation das Wort zu reden, am besten durch Kampagnen beim Verbraucher. Die Anträge der SPD und der FDP unterschieden sich von dem Antrag der Regierungsfractionen nur in Nuancen. Seine Fraktion werde alle Anträge ablehnen.

Inge Blask (SPD) kann sich nicht erklären, warum Frau Winkelmann so aufgeregt sei. Einen Entschließungsantrag einer demokratischen Fraktion an der Stelle als „unverschämte“ zu bezeichnen, das sei kein demokratisches Verhalten. Man arbeite einen Antrag aus, dann gebe es Fraktionen, die einen Entschließungsantrag einbrächten. Das sei ein demokratischer Prozess. Sie denke, das sollte man an der Stelle auch so akzeptieren.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Zum Antrag von CDU und Grünen: Sie stelle fest – sie sei auch Mitglied der Enquete-kommission in der letzten Legislaturperiode gewesen –, dass zentrale Forderungen, Maßnahmen, die die Kommission konkreter formuliert habe, überhaupt nicht in dem Antrag vorkämen. Das zeige, dass zwischen Schwarz und Grün da überhaupt keine Einigung stattgefunden habe. Sie habe viele konkrete Forderungen der Grünen in den letzten zehn Jahren im Plenum gehört. Viele dieser konkreten Forderungen könne man wohl mit der CDU nicht umsetzen. Deshalb sei der Antrag pauschal und allgemein gehalten, damit man hier nicht konkret werden müsse.

Zum Thema „Lebensmittelverschwendung“: Ja, jeder sei gegen Lebensmittelverschwendung. Das sei eine allgemeine Aussage. Sie frage, wo denn die politischen Ziele der Fraktionen, die Vorgaben für die Landesregierung seien, wo man hinwolle. Denn das Thema „Lebensmittelverschwendung“ bearbeite man schon seit vielen Jahren. Die Vorvorgängerin habe dieses Thema schon als Schwerpunktthema herausgearbeitet. An der Stelle hätte sie mehr erwartet.

Dr. Ralf Nolten (CDU) betont, auch er sei Mitglied in der Enquetekommission gewesen. Man habe viel gestritten und auch viel Gemeinsamkeit gerade in dem Themenfeld gefunden. Er gehe davon, dass der Antrag im Ministerium nicht in den Schrank gestellt werde, sondern zur Lektüre bei der Entwicklung der Strategie herangezogen werde. Der Antrag werde sicher denen zugutekommen, die an dieser Strategie arbeiten würden. Man sollte doch insgesamt die Schärfe hier herausnehmen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill teilt die Voten der mitberatenden Ausschüsse bezüglich des Antrags von CDU und Grünen Drucksache 18/2550 mit. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Ausschuss für Schule und Bildung hätten in ihren Sitzungen diesen Antrag angenommen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/5445 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 18/3287 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.